

Auszug aus einer preußischen Korrespondenz vom 21.03.2021

mit freundlicher Genehmigung zur Veröffentlichung vom Verfasser
Dr. Rigolf Hennig, Staatspräsident des Freistaates Preußen

„...Was die „Reichsbürgerbewegungen“ anbelangt, so sind diese in der Tat vielfach nicht ernst zu nehmen und fallweise sogar vom Verfassungsschutz gegründet.

Gleichwohl vertreten sie, zum indess theoretisch, den Völkerrechtsgrundsatz „Vertretung in Abwesenheit“, d.h., daß bei Fehlen der Staaten - und sowohl das Deutsche Reich wie der Freistaat Preußen „fehlen“ mangels Handlungsfähigkeit - jeder Staatsbürger nach Abstammung seinen Staat in allen Belangen vertreten kann. Hinzu tritt, daß bekanntlich das DR völkerrechtlich fortbesteht, auch rechtsfähig und nur gegenwärtig mangels Organen nicht handlungsfähig ist.

Was liegt da näher, als diese Organe an der Fremdherrschaft „BRD“ vorbei selbst zu schaffen?!

Nachdem das aber Jedermann deutscher Abstammung kann und auch der Freistaat Preußen keine Exekutive hat, Nachahmer abzuwehren, sind hier allenfalls Vorbereitungen möglich...“

„...Ebel habe ich immer für einen Hochstapler gehalten und das „Magazin (Name entfernt) wegen seiner esoterischen Spinnereien nie ernst genommen (obwohl fallweise Veröffentlichungen erschienen, die selbst einen Horst Mahler verblüfften). Immerhin hat Ebel die Reichsidee, ganz gegen die Absicht der BRD, wieder in die öffentliche Diskussion eingeführt und auch schon staatlich-organisatorisch brauchbare Vorarbeit geleistet, wobei er allerdings dem Wahn erlag, die Alliierten hätten ein Interesse am DR und würden bei der Wiederherstellung von dessen Handlungsfähigkeit helfen. Das Gegenteil ist der Fall - unsere Todfeinde haben nicht zwei Weltkriege gegen uns geführt, um das Reich wiederherzustellen, das sie ja in Gestalt des deutschen Volkes buchstäblich ausrotten wollen (es könnte allerdings geschehen, daß etwa Rußland und möglicherweise auch die USA in einer völlig veränderten politischen Weltlage ein DR aus Gründen des Selbsterhaltes benötigen)...“

„...Die Kontrollratsgesetze haben uns überhaupt nichts anzugehen und sind von Hause aus völkerrechtswidrig (s. Art. 43 GLKO ff), sodas es gleich ist, wer Preußen als Staat aufgelöst hat. Auch der „besondere Status von Berlin“ ist Sache der Feindmächte und nicht die unsere. Verglichen mit den o. g. „Reichsbürgerbewegungen“ war der „Freistaat Preußen“ (FSP) mit seinem Anspruch, das Reich auf Zeit mitzuvertreten, ein ganz anderes Kaliber. Hier müssen wir zur Erklärung zeitlich früh ansetzen, denn der FSP baut auf der „Notgemeinschaft des deutschen Ostens im Deutschen Reich“ auf.

In den sechziger und siebziger Jahren hatten die Vertriebenenorganisationen noch ein ganz anderes Gewicht.

Bei der Gründung der Notgemeinschaft war die riesige Beethovenhalle zu Bonn bis auf den letzten Platz besetzt und auf den Rängen saßen die Botschafter Chinas, Rußlands, der USA und zahlreicher weiterer Länder.

Die Notgemeinschaft, vertreten durch einige hervorragende Juristen, hatte zwei Ansätze:

1. die Vertretungen der verlorenen Ostgebiete wie Schlesien oder Ostpreußen in den Bundesrat zu bringen.
2. als Exilstaat das Deutsche Reich zu vertreten.

Das haben die Besatzungsmächte nicht zugelassen.

Schon damals war der Name „Freistaat Preußen“ im Gespräch, wurde aber mit Rücksicht auf die Sudetendeutschen noch nicht verwendet.

Dann kam die „Wende“. Die Sowjetunion und die DDR verschwanden; Polen, Litauen, Ungarn und viele Andere wurden wieder frei - nur im deutschen Osten bewegte sich nichts.

Das schien unsere Stunde: mit einigen Freunden, darunter Funktionäre der Landsmannschaft Ostpreußen aus dem Memelland und MdEP Harald Neubauer fuhrten wir nach Vilna, wo kurz zuvor die Rote Armee noch einige aufbegehrende Jugendliche mit Panzern überrollt hatte.

Empfangen wurden wir von allen Parteivoritzenden. Unsere Frage, ob denn Litauen weiterhin das Memelland besetzt halten wolle, nachdem es eben selbst die sowjetische Besatzung losgeworden war, stieß auf Verlegenheit.

Ein Jahr später überreichten wir dem Parlamentspräsidenten eine Denkschrift zum Memelland. Der erklärte: Gegenwärtig fände sich in Litauen keine demokratische Mehrheit, um in unserem Sinne zu entscheiden, er würde die Denkschrift aber bei der

Uni Vilna hinterlegen. Wer wir eigentlich seien? Mit Glück konnten wir den Harald und die BbV-Funktionäre vorweisen. Ich begriff zweierlei:

1. nicht die Litauer, sondern die Russen sind die richtigen Ansprechpartner und
2. um auf Augenhöhe verhandeln zu können, mussten wir als Vertreter eines Exilstaates auftreten.

So gründeten wir 1995 in Berlin den Freistaat Preußen mit allen wichtigen Ministerien und allen Verfassungsorganen, beraten u. a. vom bekannten Völkerrechtler Prof. Bracht, der als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes Teil des Freistaates wurde. Überhaupt hatten wir eine ansehnliche Mannschaft, so u. a. in Prof. Scheibler von Labiau als Kultusminister, den ehemaligen Rektor der Uni Aachen und Vorsitzenden der Akademie der Wissenschaften. Als Gast war u. a. anwesend der stellvertretende Militärattaché Russlands, mit dem wir uns später des öfteren konspirativ getroffen haben.

Mein väterlicher Freund, Dr. Erich Lipok, Heimatdichter, Vertriebenenfunktionär und Vorsitzender der Notverwaltung brachte diese unter das Dach des Freistaates, nicht ohne mich zuvor auf Herz und Nieren geprüft zu haben.

Als Nächstes folgte meine Einladung nach Moskau durch Vermittlung eines Journalisten, den ich allerdings für einen KGB-Vertreter gehalten habe, zu einem Gespräch auf höchster Ebene, nämlich mit dem Leiter des geopolitischen Ausschusses der russischen Staatsduma, Alexeij Mitrofanov. Der teilte unsere Ansicht über eine deutsch-russische Partnerschaft voll und ganz und in Kenntnis unserer Denkschrift „Im Sinne von Lauroggen“ schlug er vor, ich solle mich in Königsberg als Gouverneur bewerben, seine damals starke Partei (Schirinovskijpartei) würde mich unterstützen. Mangels Russischkenntnissen musste ich dankend ablehnen.

Befagte Denkschrift schlägt ein preussisch-russisches Kondominium in Nordostpreußen (Oblast Kaliningrad) vor als Brücke für eine deutsch-russische Partnerschaft und als Wirtschaftsmotor mit niedrigen Steuern und Zöllen im Sinne eines „Hongkong an der Ostsee“. Von dieser Vorstellung und der weiteren, die zurückflutenden Russlanddeutschen dort anzusiedeln, war auch der damalige Gebietschef Prof. Matoschkin sehr angetan. Die Sache schlug hohe Wellen und führte u. a. zu einem Notenaustausch zwischen dem bundesdeutschen und dem russischen Außenminister, Kinkel und Primakov.

Der Freistaat Preußen war mithin ein Faktor erster politischer Bedeutung.

Wir stehen erneut vor einer Umbruchsituation wie 1989 und die Dinge könnten wieder in Bewegung kommen.

Unverändert ist unser aller Hauptziel die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des DR.

Freiwillig werden das die US-Amerikaner als die Hauptbesatzungsmacht in Deutschland nicht mitmachen, aber sie schwächeln. Da nach Markus Krall („Die bürgerliche Revolution“) und Anderen ein noch nie dagewesener wirtschaftlicher Zusammenbruch eher kurzfristig als mittelfristig droht, ist folgende Entwicklung wahrscheinlich:

Die BRD als staatsähnliche Selbstverwaltung (unter alliierter Vormundschaft) geht bankrott und wird zahlungsunfähig.

Dann werden sich die Massen an Fremden vornehmlich in den Großstädten zunächst in den Großmärkten und sodann bei ihren deutschen Nachbarn bedienen.

Frauen und Kinder werden aufs Land fliehen wie Weiland zu Ende des Zweiten Weltkrieges vor dem Bombenterror der Angelsachsen (das hieß damals „Evakuieren“).

Die Unterbringung wäre angesichts des Ferienangebotes nicht das Problem, aber die Versorgung. Zwar könnte jeder Quadratmeter Boden für Kartoffeln u. a. umgebrochen werden wie auch feinerzeit, aber vor Ablauf mindestens eines Jahres wäre kein auszeichnender Ertrag zu erwarten. Wohl dem, der gut vorgesorgt hat und Verbindungen zur Landwirtschaft hat. Es ist auf jeden Fall mit hohen Verlustziffern zu rechnen.

Die Menschen werden sich zu Selbsthilfegruppen zusammenschließen, Bürgerwehren entstehen, diese vernetzen sich und kämpfen nach und nach unser Land wieder frei, zuletzt die Großstädte. Für die Deutschen wäre dieser Vorgang durchaus heilsam, denn sie bekämen wieder Bodenhaftung und Stolz auf die eigene Leistung.

Spätestens dann stellt sich die Frage nach der Regierung in Eigenverantwortung, also Selbstherrschaft, selbstverständlich als DR.

Dann braucht Deutschland Führungskräfte. Auch wenn es nicht zum Schlimmsten kommen sollte: Diese sollten nach Möglichkeit schon jetzt gesucht und benannt werden. Wie aber stellt man ein Ruder für die Zeit nach der BRD zusammen?

Als ich dies vor Jahren den Dr. Reinhold Oberlechter fragte und von einigen Tausend ausging, meinte der: die sind doch vorhanden. Wo? Überall, in Verwaltung, Hochschulen, Militär u.s.w. Die warten doch nur! Recht hat er. Aber jetzt sollten wir schon wissen auf wen wir ggf. setzen können.

Damit komme ich zum eigentlichen Anlass dieses Schreibens:

Gehen wir davon aus, daß sich zur Konstituierung des Reichstages die tatsächliche Auslese wie weiland bei der Paulskirchenversammlung zusammensetzt. Wer aber ist diese Auslese? Und da komme ich nicht zuletzt auf die echten Idealisten der „Reichsbürgerbewegung“.

Der (Name entfernt) führt zum Glück die Sache des Freistaates Preußen fort, erweitert die Grundlage durch Verbindung mit befreundeten Verbänden und versucht insgesamt aufzubauen. Natürlich reicht das nicht und tatsächlich werden sich die Fähigen erst im Rahmen der zu erwartenden Auseinandersetzungen erkennen lassen.

Indes gibt es noch andere Ansätze aus heutiger Sicht:

Ein gewisser Anteil brauchbarer Mitstreiter ließe sich aus den Oppositionsparteien rekrutieren. Es gibt eine Reihe von Verbänden zumindest verträglicher Zielsetzung wie die „Identitären“ oder die „Europäische Aktion“.

Dann sind sicherlich vielerorts geeignete Persönlichkeiten zu finden — Sport- und Schützenverbände, Feuerwehr, Polizei und Militär u. a. m. — die wir ansprechen, zumindest aber merken sollten. Schließlich sind die Politiker der kommunalen Ebene noch immerhin so bürgernah, daß sich unter den Bürgermeistern und Landräten so mancher brauchbare Mitstreiter finden ließe. Als ehemaliger Ratsherr und Mitglied eines Kreisrates weiß ich, wovon ich spreche. Zuletzt sind diejenigen zu rekrutieren, die das System im Zorn verlassen haben oder von diesem ausgestoßen wurden.

Laßt uns also an die Arbeit gehen. Der Freistaat und der mit ihm verbundene „Bundesstaat Sachsen in Reorganisation“ sind verlässliche Primärorganisationen.

Mit herzlichen Grüßen!

Euer Rigolf“